

Frank Priess

Gefahr für Argentiniens Demokratie?

**Selbst unmittelbare Zukunft mehr als unsicher /
Schwache Regierung und viele Kandidaten /
Putschgerüchte / Amerikanische und europäische
Interessen**

Argentinien steckt nach wie vor in einer tiefen Krise. Ein Ende ist nicht abzusehen: Nach dem unrühmlichen Ende der Regierung de la Rúa bemüht sich nun Eduardo Duhalde, ausgestattet mit einem Mandat bis zum Herbst 2003, die Finanzen zu ordnen und ein minimales Vertrauen in die Institutionen wiederherzustellen, mit zweifelhaften Erfolgsaussichten. Die bereits vierjährige Rezession hat sich weiter verschärft, die Arbeitslosigkeit steigt, die Abwertung brachte einen dramatischen Währungsverfall und den Einstieg in eine mögliche Hyperinflation. Nach der erklärten Zahlungsunfähigkeit des Landes sind Verhandlungen mit den Gläubigern noch nicht einmal in Sicht, gleiches gilt für ein dringend nötiges Übereinkommen mit dem Internationalen Währungsfonds. Kein Wunder, dass da Untergangsszenarien aller Art die Runde machen und sich das Personalkarussell heftig dreht.

Der Politikberater Rosendo Fraga bringt es auf den Punkt: „Wir können nicht mehr Europa sein, wie wir es mal waren und geglaubt haben, dass wir das sind. Wir haben nicht die kritische Masse, um Brasilien oder Mexiko zu sein. Wir könnten Venezuela oder Kolumbien sein, wenn es nicht gelingt, die Ordnung und ein soziales Gleichgewicht wieder herzustellen. Aber wir könnten auch Chile oder Uruguay sein.“ (El Cronista vom 19. Februar) Diese Angebotspalette macht deutlich: Argentinien befindet sich in einer tiefen Identitätskrise, die über die aktuelle politische, wirtschaftliche und soziale Notlage weit hinausgeht. Diese allerdings ist schon eindrucksvoll genug. Dass die Argentinier seit einigen Wochen für die Einreise in die USA wieder ein Visum brauchen – Konsequenz der steigenden Immigrantenzahlen und fehlenden Fälschungssicherheit der Personalspapiere – gibt dem Selbstbewusstsein am La Plata den Rest.

In dramatischer Weise sinkt die Wirtschaftskraft Argentiniens immer weiter, Produktion und Handel befinden sich, nicht zuletzt bedingt durch die Beschränkungen, denen Sparer unterliegen, um über ihre Guthaben zur verfügen – dem sogenannten *corralito* – im freien Fall. Um 19 Prozent sanken die Konsumentenausgaben im Januar. Entsprechend steigt die Arbeitslosigkeit – inzwischen ist die Marke von zwanzig Prozent souverän genommen, im Umland der Hauptstadt Buenos Aires liegt sie mittlerweile bei etwa 30 Prozent – und sinken die Steuereinnahmen: Im Februar sanken sie im Vergleich zum

entsprechenden Vorjahresmonat um 20,3 Prozent, im März um weitere 4,7 Prozent, wobei hier durch ein Moratorium Einnahmen erzielt wurden, die den Gesamteindruck etwas verfälschen. Die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer sanken im März nämlich um 27,2 Prozent, die aus der Einkommensteuer sogar um 34,6 Prozent. Daraus wird dann für die ersten drei Monate 2002 gegenüber dem gleichen Zeitraum 2001 ein Minus von 16,1 Prozent. Gleichzeitig ist das Einkommensgefälle zwischen arm und reich nach Angaben der Consulting *Equis* (*La Nación* vom 18. Februar) das größte seit 28 Jahren. Der soziale Sprengstoff ist gewaltig.

Nach der völligen Freigabe des Dollar-Kurses am 11. Februar hat sich dieser deutlich oberhalb von 2,5 Pesos eingependelt, zwischenzeitlich erreichte er sogar schon spekulative Spitzen von 1:4. Seit Januar ist gleichzeitig eine weitere Milliarde Pesos aus dem Bankensystem abgeflossen, Schmierstoff für die Flucht in die Währung der USA. Dass der Kurs sich nicht noch dramatischer entwickelt hat, liegt daran, dass Liquidität fehlt und durch den zum Erliegen gekommenen Import dessen Protagonisten nicht noch mehr Dollar nachfragen. Das gleicht die fehlende Bereitschaft der Exporteure, ihre Devisen in Landeswährung zu tauschen, mehr als aus. Da der Prozess der Geldvermehrung mittels Notenpresse auf nationaler Ebene in Gang kommt und die Provinzen die unverantwortliche Produktion von Parallelwährungen – *patacones* in der Provinz Buenos Aires, *Lecor* in Córdoba und ähnliche mehr – fortsetzen, ist der Druck auf die Preise nicht verwunderlich. Wichtige Lebensmittel sind inzwischen um 15 bis 20 Prozent teurer und die Regierung hat entgegen eigenen Versprechungen auch eine Benzinpreiserhöhung nicht verhindern können – mit entsprechenden Folgen für die Preisspirale. Gleichzeitig tickt im Energiesektor eine Zeitbombe: Die Ankündigung von Sondersteuern für diesen Bereich zur Finanzierung von Kompensationen an das Bankensystem beantworten die Mineralöl- und Gaskonzerne mit Investitionskürzungen und möglichen Entlassungen, was wiederum die Gewerkschaften in den Ausstand treibt. Erste Warnstreiks haben bereits zur Unterbrechung von Lieferungen ans Nachbarland Chile geführt und dort entsprechende Besorgnis sowie die Suche nach Alter-

■ Da der Prozess der Geldvermehrung mittels Notenpresse auf nationaler Ebene in Gang kommt und die Provinzen die unverantwortliche Produktion von Parallelwährungen fortsetzen, ist der Druck auf die Preise nicht verwunderlich. Wichtige Lebensmittel sind inzwischen um 15 bis 20 Prozent teurer und die Regierung hat entgegen eigenen Versprechungen auch eine Benzinpreiserhöhung nicht verhindern können.

nativen ausgelöst. Selbst Sabotagedrohungen gegen das Pipeline-System stehen im Raum.

Die Bevölkerung zeigt sich angesichts all dessen weitgehend ratlos. Fast 70 Prozent der Argentinier sehen mit immer größerem Pessimismus in die Zukunft (CEOP-Umfrage in der Tageszeitung *Clarín* vom 10. März 2002). Und in einer Umfrage von Hugo Haime y Asociados im Großraum Buenos Aires erklären sich 65 Prozent der Befragten dafür die Anfang der neunziger Jahre privatisierten Staatsfirmen wieder zu verstaatlichen. Eine knappe Mehrheit von 41 Prozent gegen 39 Prozent (bei 20 Prozent Unentschiedenen) äußerte sich zudem positiv über eine Verstaatlichung der Banken, deren Image weiterhin am Boden liegt. Gleichzeitig aber zeigen die Bürger auch ein hohes Maß an Realismus: 52 Prozent der Befragten hielten es für einen Ausweg aus der Krise für unabdingbar, mit dem Internationalen Währungsfonds Einvernehmen zu erzielen, sogar 60 Prozent lehnten das Ansinnen ab, auf die Rückzahlung der Auslandsschulden zu verzichten. Und es geht sogar noch weiter: Nachdem MIT-Guro Rüdiger Dornbusch vor kurzem vorgeschlagen hatte, Argentinien unter internationale Kuratel zu stellen, ähnlich eines Modells für Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg, sehen die Argentinier selbst dies offenbar nicht als bedrohlich an: 47,9 Prozent hielten es nach einer Ibope OPSM-Umfrage für gut oder sogar sehr gut, wenn sich eine internationale Task Force der Regierungsarbeit annähme, mit deutlichem Schwerpunkt auf der Überwachung des gesamten Regierungshandelns.

■ **Zweifelhafte Einigung mit den Provinzen**

Etwas Luft hat sich die Regierung Duhalde dadurch verschafft, dass sie zu einer Vereinbarung mit den Gouverneuren über die Verteilung der Steuereinnahmen, die sogenannte Kopartizipation gekommen ist, was wiederum den Weg frei macht für die bereits mehrfach verschobene Verabschiedung des Haushaltes 2002 und damit auch für den Einstieg in die Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds. Die Eckpfeiler der Übereinkunft aber lassen wieder einmal den Schluss zu, dass die Provinzen einer schwachen Regierung weitgehend ihre Bedingungen diktieren konnten:

- Abgeschafft wurde zwar die den Provinzen bisher als Minimum garantierte Festsumme von knapp 1,2 Milliarden Pesos, als Ausgleich aber erhalten sie eine dreißigprozentige Beteiligung an den Einnahmen der Schecksteuer, neben der Mehrwertsteuer mittlerweile die sicherste und hauptsächliche Einnahmequelle des Staates. Da die Festsumme angesichts rapide steigender Inflationsraten schnell zerfallen wäre, ein gutes Geschäft.
- Zudem übernimmt der Gesamtstaat die Schulden der Provinzen (insgesamt rund 17 Milliarden Pesos). Deren Schuldverschreibungen werden in einen nationalen Schuldtitel umgewandelt. Für die Inhaber dieser Titel heisst das jetzt, dass drei Jahre lang die Tilgung ausgesetzt wird und die Zinszahlungen im August beginnen sollen, alles bei vier Prozent Zinsen plus einer Indexierung an die Inflationsrate. Gesamtlaufzeit der Rückzahlung: 16 Jahre. Die Gelder dazu werden wiederum aus der Kopartizipation einbehalten, allerdings nur bis zu einem Maximum von 15 Prozent! 85 Prozent der Kopartizipation sind den vom direkten Schuldendienst entlasteten Gouverneuren damit in jedem Falle sicher. Ihre Dollarschulden gegenüber internationalen Finanzorganisationen – die sie weiter bedienen sollen – werden 1:1,40 in Pesos umgewandelt, wobei wiederum der Gesamtstaat die Sicherung dieses irrealen Kurses mit eigenen Mitteln garantiert und die Differenz deckt. Auch hier also liegen die Vorteile eindeutig bei den Provinzen.
- Sie erklären sich zwar einverstanden, ihr Defizit 2002 um 60 Prozent gegenüber 2001 (da waren es zusammen fünf Milliarden Pesos, zu denen die Provinz Buenos Aires die Hälfte beigetragen hat) zu verringern und 2003 ausgeglichene Haushalte vorzulegen, dies dürfte ihnen aber vergleichsweise leicht fallen, stellt man in Rechnung, dass die große Haushaltsbelastung des Schuldendienstes einseitig wegfällt. Diese Entlastung steht für rund 2,5 der einzusparenden drei Milliarden Pesos.
- Die Provinzen bleiben vergleichsweise frei bei der Emission eigener neuer Schuldtitel, wie z.B. der bereits erwähnten *patacones* in der Provinz Buenos Aires ein Einfallstor für jede Art von undisziplinierter Haushaltsführung.

- Gleichzeitig erkennt der Gesamtstaat Schulden aus früheren Jahren von 1,2 Milliarden Pesos gegenüber den Provinzen an und sagt deren baldige Überweisung zu.

Fazit also: Während die Zusagen des Gesamtstaates sehr konkret, unmittelbar und teuer sind, handelt es sich bei denen der Provinzen eher um Absichtserklärungen, deren Einhaltung sich erst in der Zukunft überprüfen lässt. Folgerichtig titelt die Wirtschaftszeitung *Ambito Financiero*: „1:0 für die Provinzen“. „Was“, so fragt sich der Leitartikler, „hat denn der Nationalstaat gewonnen?“ Und kommt zum Ergebnis, dass die Vereinbarung lediglich dazu gut sei, den Haushalt endlich verabschieden und mit den Finanzorganisationen in Verhandlungen treten zu können: „Ein sehr hoher Preis, der zudem den disziplinierten der Provinzen ein schlechtes Beispiel gibt und dem Land weitere Seriosität nimmt.“ Wirtschaftsliberale wie José Luis Espert etwa meinen, die Ko-partizipation gehöre völlig abgeschafft. Viel besser wäre seiner Meinung nach, den Provinzen bestimmte Steuern zur Eigeneintreibung zu überlassen, aus denen sie sich dann auch finanzieren müssten. Alles in allem also eher eine Farce, wenn Präsident Eduardo Duhalde den Gouverneuren nach dem Abschluss zurief: „Nicht nur im Namen der Regierung, sondern auch im Namen des argentinischen Volkes will ich den Gouverneuren für ihr patriotisches Handeln danken.“

■ Was macht der Währungsfonds?

Intern scheint sich die Regierung zunächst eine Atempause verschafft zu haben, die Frage aber lautet: Hält der Internationale Währungsfonds diesen Abschluss für ausreichend, um in kürzester Zeit die dringend benötigte und von Argentinien immer wieder angemahnte Finanzhilfe wieder in Gang zu setzen? Darauf muss wohl mit einem klaren „Nein“ geantwortet werden. Der erste Stolperstein ist bereits der Haushalt 2002, der jetzt dem Parlament vorliegt: Er geht bei einem Gesamtvolumen von 43 Milliarden Pesos von einem Defizit von lediglich drei Milliarden Pesos aus, illusorisch angesichts der sinkenden Steuereinnahmen und der vielen kostspieligen Kompromisse, die die Regierung bereits hat machen müs-

sen. Gerechnet ist dabei auch nur eine Inflationsrate von 15 Prozent für 2002, viel zu wenig, wie Experten meinen. Sie befürchten, dass schon der Druck von der Einnahmeseite diesen Haushalt angesichts eines negativen Wirtschaftswachstums in erheblicher Höhe schnell zur Makulatur machen könnte. Denn, so die Kardinalfrage: Woher soll eigentlich neues Wirtschaftswachstum derzeit kommen? Eine schnelle Reaktivierung der Exporte kann sich verzögern – der Fall Brasilien zeigte dies nach einer drastischen Abwertung. Schwierigkeiten bei den Importen, von denen Argentinien vielmehr abhängig ist als der große Nachbar, werden zu zusätzlichen Engpässen führen und den technologischen Rückstand des Landes wahrscheinlich nachhaltig erhöhen. Dass dann auch noch zahlungsunfähige Firmen und Privathaushalte für eine Frist von 180 Tagen im Rahmen des Bankrottesgesetzes Ley de quiebras unter Gläubigerschutz stehen, erhöht den Druck auf das argentinische Finanzsystem so, dass die Existenz von Geldinstituten gefährdet ist und vor allem nicht mit der Vergabe dringend benötigter neuer Kredite gerechnet werden kann. Ohne ein solides Finanzsystem und entsprechendes Vertrauen aber wird sich ein Neuanfang kaum bewerkstelligen lassen.

Der Währungsfonds hat nicht zuletzt durch seine Vize-Chefin Anne Krueger deutlich gemacht, dass pure Projekte Argentiniens für eine Wiederaufnahme der Unterstützung längst nicht mehr ausreichen. „Derzeit hat es keinen Sinn, Argentinien neues Geld zu leihen“, hatte sie anlässlich ihrer jüngsten Europa-Reise zu Protokoll gegeben. Auch wurde mittlerweile die für Argentinien zuständige Direktion des Fonds neu besetzt, nicht gerade zur Freude des Landes: „entmachtet“ wurden dabei nämlich ein Argentinier und ein Chilene, zugunsten eines Experten, der Erfahrungen im *trouble shooting* der Asien-Pazifik-Region gesammelt und zu Lateinamerika bisher kein Verhältnis entwickelt hat: Anoop Singh. Dieser war im März zu ersten Gesprächen in Buenos Aires, mittlerweile ist eine weitere Mission des Währungsfonds am La Plata. Die Verhandlungen aber werden sich hinziehen. Mit schnellem Geld und schon gar nicht in der Größenordnung, wie sich dies Argentinien wünscht, ist jedenfalls nicht zu rechnen. Für den Fonds ist eine realistische Revision des Übereinkom-

■ **Der Währungsfonds hat nicht zuletzt durch seine Vize-Chefin Anne Krueger deutlich gemacht, dass pure Projekte Argentiniens für eine Wiederaufnahme der Unterstützung längst nicht mehr ausreichen. „Derzeit hat es keinen Sinn, Argentinien neues Geld zu leihen“, hatte sie anlässlich ihrer jüngsten Europa-Reise zu Protokoll gegeben.**

mens mit den Provinzen und eine ebensolche „Verbesserung“ des Haushaltes ebenso erforderlich wie eine nachhaltige Steuerreform, der eine Sanierung des Finanzsystems ebenso folgen muss wie ein solides Projekt für den Umgang mit Auslandsschulden, deren Bedienung Argentinien Anfang des Jahres eingestellt hat. Dass die Ankündigung dieser Maßnahme von Übergangspräsident Adolfo Rodríguez Saá im argentinischen Parlament mit *standing ovations* und „Argentina, Argentina“-Rufen begleitet wurde – alles live im Fernsehen übertragen –, ist außerhalb des Landes längst noch nicht vergessen. Und welche Garantien kann Argentinien auch geben, dass sich gerade die Provinzen, die international unter „Generalverdacht“ stehen, wirklich an die Abmachungen halten, die jetzt getroffen wurden: immerhin ist das der fünfte „Pakt“ in zwölf Monaten!

Die Regierung Duhalde ihrerseits wird sich auf den Standpunkt stellen, dass mehr gegenüber den Provinzen politisch nicht durchsetzbar gewesen, dass man trotz aller weitergehenden Anstrengungen an ein Limit gelangt sei. Und hier nähert man sich in der Tat der Frage, welche Zukunft die argentinische Demokratie innerhalb welcher Szenarien aktuell hat.

■ Akute Gefahr für die Demokratie?

Immer mehr Stimmen nämlich sehen diese Demokratie in akuter Gefahr, mahnen Hilfe von außen nicht zuletzt zu deren Stabilisierung an. Einer der Protagonisten der jüngsten Zeit ist dabei der brasilianische Präsident Fernando Enrique Cardoso, der sich bei seiner Europareise zum Fürsprecher des Nachbarlandes machte. Und Enrique Iglesias, der Präsident der Interamerikanischen Entwicklungsbank BID, der zu drastischen Worten greift: „Die Gefahr einer Verzögerung der Hilfe ist der Verfall der politischen Basis von Eduardo Duhalde.“ Und nicht nur er allein wäre betroffen: „Ich sehe Duhalde“, so der angesehene Publizist Mariano Grondona in der Zeitschrift *Noticias* vom 16. Februar, „als letzten Schuss im Gewehr der politischen Klasse. Die Konfliktlinie verläuft heute nicht mehr vertikal zwischen der ‚Allianz‘ und den Peronisten wie zur Regierungszeit von Fernando de la Rúa. Sie verläuft horizontal zwischen der politischen und der Mittelklasse, die der wahre Protagonist

■ „Ich sehe Duhalde“, so der angesehene Publizist Mariano Grondona in der Zeitschrift *Noticias* vom 16. Februar, „als letzten Schuss im Gewehr der politischen Klasse.“

dieser gewaltigen Krise ist.“ Scheitere Duhalde, so Grondona, scheiterte mit ihm die politische Klasse und es eröffneten sich zwei Szenarien: Neuwahlen oder aber eine soziale Explosion mit einer autoritären Lösung an deren Ende. Gerüchte über Militärinterventionen seien wieder aufgetaucht, die man eigentlich für immer beseitigt geglaubt habe. Grondona: „Was ich sehe, ist eine ungeheure negative Energie in unserem Land. Argentinien hat keinen Staat mehr.“

Anlass für solche Überlegungen gibt es genug. Das steigende Gewaltpotenzial ist überall unübersehbar, nicht nur gegen Banken. Versuchte Plünderungen von Supermärkten sind auf die Tagesordnung zurückgekehrt, die Straßensperren der *piqueteros* finden sich im ganzen Land, die Diskurse der Protagonisten nehmen an Dramatik zu. Bereits 21 ermordete Polizeibeamte im Großraum Buenos Aires in den ersten beiden Monaten des Jahres 2002 sprechen für sich. Die Regierung versucht es mit partieller Befriedigung von Forderungen: So ist es ihr gelungen, durch die selektive Verteilung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die *piquetero*-Bewegung im Umfeld der Hauptstadt Buenos Aires zu spalten und mit Zuckerbrot und Peitsche die Gewerkschaftsdachverbände der CGT einstweilen ruhig zu stellen. Bessert sich die Lage nicht, ist aber auch deren Fähigkeit zur Eindämmung des sozialen Protestes mehr als in Frage gestellt, wie häufiger werdende Übergriffe bereits jetzt zeigen.

Ziel der Gewalt werden immer mehr auch Politiker, die sich kaum noch in die Öffentlichkeit trauen: Ex-Präsident Raúl Alfonsín wurde nächtens vor seinem Haus lautstark angepöbelt und reagierte handgreiflich. Ebenso der Bruder des Ex-Präsidenten Carlos Menem, Eduardo Menem, den Verbalinjurien eines mitreisenden Passagiers auf dem Flug von seiner Heimatprovinz La Rioja nach Buenos Aires zu „schlagfertiger“ Reaktion provozierten. Außenminister Carlos Ruckauf sah sich in Begleitung seiner Frau auf dem Flughafen von Madrid-Barajas einer Gruppe aufgebrachtener Landsleute gegenüber, die seine Mitreise schließlich verhinderten. Am 23. Januar wurde das Haus der Abgeordneten Mirta Rubini (PJ, Junín) von einer aufgetragenen Menge angezündet, nachdem von dort auf *cacerolazo*-Demonstranten geschossen worden war. Die Liste lässt sich fast beliebig

■ **Das steigende Gewaltpotenzial ist überall unübersehbar, nicht nur gegen Banken. Versuchte Plünderungen von Supermärkten sind auf die Tagesordnung zurückgekehrt, die Straßensperren der *piqueteros* finden sich im ganzen Land, die Diskurse der Protagonisten nehmen an Dramatik zu.**

■ **Kein Wunder, dass es hinter den Kulissen heftig rumort und Spekulationen aller Art ins Kraut schies- sen, bei denen in der Tat die Militärs neuerlich in den Blickpunkt geraten sind. Zwar hält niemand einen direkten Militärputsch für wahrscheinlich, als Garan- ten einer „zivil-militäri- schen Option“ aber werden die Streitkräfte sehr wohl genannt.**

verlängern. Von unangenehmen Erfahrungen berich- ten unter anderem Horacio Liendo, Ex-Vizepräsi- dent Carlos „Chacho“ Alvarez, Ex-Justizminister Rodolfo Barra und Menems Ex-Kabinettschef Jorge Rodriguez. Carlos Menem selbst ist im heimatlichen Anillaco fast eingeschlossen, das er höchstens zu Be- suchen bei der Familie seiner Frau Cecilia Bolocco in Chile verlässt. Verbal am weitesten ging Senator An- tonio Cafiero in der Zeitung *La Capital* in Mar del Plata am 22. Februar: „In diesem schwierigen Klima existiert die Möglichkeit, dass einmal ein Politiker ge- lyncht wird, mit Unterstützung der Medien.“

Kein Wunder, dass es hinter den Kulissen heftig ru- mort und Spekulationen aller Art ins Kraut schiessen, bei denen in der Tat die Militärs neuerlich in den Blickpunkt geraten sind. Zwar hält niemand einen di- rekten Militärputsch für wahrscheinlich, als Garanten einer „zivil-militärischen Option“ aber werden die Streitkräfte sehr wohl genannt, von einer „Prätoria- ner-Rolle“ an der Seite eines zivilen Vormannes ist auch bei nicht zur Übertreibung neigenden Quellen mit „Liebe zum Detail“ die Rede. So soll das Heer sei- nen Haushalt für 2002 bereits in den ersten Monaten voll ausschöpfen und auch die Mannschaftsstärke mittels Freiwilliger deutlich erhöht haben. Ein offizi- elles Zirkular des Militärgeheimdienstes bringt die „Sorge angesichts der Gewaltsituation im Lande“ zum Ausdruck und bietet ausländischem Militär- und Botschaftspersonal eine Unterstützungs-*hotline* für „Notfälle“ an. Gleichzeitig sorgen Gespräche zwi- schen hohen Militärs und Wirtschaftsführern für Aufsehen, die von beiden Seiten als „völlig normaler Informationsaustausch“ dargestellt werden.

Spekuliert wird entsprechend über die zivile Seite einer solchen Option und, nicht zuletzt, über nord- amerikanische Interessen in diesem Beziehungs- geflecht. „Schade“, so hatte ein hoher deutscher Regierungsbeamter am Rande des Besuchs von Bun- deskanzler Gerhard Schröder in Argentinien gesagt, „dass gerade diejenigen, die Europa am nächsten ste- hen, auch die sind, die die unverantwortlichste Wirt- schaftspolitik betreiben.“ Seit Beginn seiner Amtszeit nämlich schlägt die Regierung Duhalde Töne an, die die USA nicht gleichgültig lassen können: An die Stelle der bedingungslosen US-Orientierung eines Do- mingo Cavallo mit gleichzeitiger Ablehnung regiona-

ler Integration nämlich ist eine klare Präferenz zugunsten des MERCOSUR getreten, verbunden mit nationalistischen Tönen und einer Orientierung, die eher mit europäischen Politikmodellen als solchen nordamerikanischer Prägung im Einklang steht. Ein parlamentarisches Modell nach europäischem Muster etwa, vielleicht auch ein Semi-Präsidentialismus wie in Frankreich, so Präsident Duhalde bei Gesprächen über die Politikreform in Argentinien, stelle er sich vor, nachdem präsidentiale Modelle in ganz Lateinamerika gescheitert seien. Aus den USA wiederum hört man, so aus einer regierungsnahen Think-Tank-Konferenz in Washington, dass sowohl in Venezuela als auch in Argentinien ein Neuanfang nicht mit den bestehenden Parteien erfolgen könne, die ihren Kredit restlos verspielt hätten. Die Alternative sei ein venezolanischer bzw. argentinischer „Fox“, der sich zwar durchaus auch von einer Partei mittragen lasse, ansonsten aber selbstbewusst und jenseits der Parteistrukturen direkt Unterstützung in der Öffentlichkeit suche und entsprechend regiere. Ein USA-orientierter Wirtschaftskurs á la Chile wird dabei dann ohnehin vorausgesetzt.

Europäischen Interessen läuft dies sicher eher entgegen, setzt man doch auf einen erfolgreichen Abschluss der EU-MERCOSUR-Verhandlungen, ein „atlantisches Dreieck“ und eine eigene prominente Rolle in der einzigen Region Lateinamerikas, in der der US-Einfluss den der Europäer nicht schon überdeutlich dominiert. Fraglich allerdings, ob dies reicht, sich auch wirtschaftlich-staatlich stärker zu engagieren, Risiken einzugehen und vor allem derzeit auf eine politische Option zu setzen, die wirtschaftspolitisch von erfolgreichen Modellen der Marktwirtschaft meilenweit entfernt scheint. Zwar hat man in diesem Zusammenhang den Schroeder-Besuch in Argentinien und darüber hinaus schon aufmerksam zur Kenntnis genommen und zu interpretieren versucht, über ein spezifisch deutsches oder europäisches *follow up* jedoch herrscht Unklarheit.

■ Das de la Rúa-Syndrom

Das politische Überleben Duhaldes selbst wird in diesem Panorama stark in Frage gestellt. Kaum jemand glaubt, dass er das selbstgesteckte Ziel einer Amtsübergabe im Herbst 2003 erreichen könnte,

■ Das politische Überleben Duhaldes selbst wird stark in Frage gestellt. Kaum jemand glaubt, dass er das selbstgesteckte Ziel einer Amtsübergabe im Herbst 2003 erreichen könnte, auch wenn in verschiedenen Umfragen eine Mehrheit der Argentinier – eher mangels Alternativen als aus schierer Sympathie – dieser Lösung zuzuneigen scheint.

auch wenn in verschiedenen Umfragen eine Mehrheit der Argentinier – eher mangels Alternativen als aus schierer Sympathie – dieser Lösung zuzuneigen scheint. Zu schwach wirkt seine Position, die neben der Struktur seiner „eigenen“ Provinz Buenos Aires fast ausschließlich auf eine „Verlierer-Koalition“ aus den Resten der ehemaligen Regierungsparteien UCR und FREPASO setzt, mit der zentralen Figur des Ex-Präsidenten Raúl Alfonsín. Noch mehr als die Peronisten müssten diese Neuwahlen fürchten, ist das Desaster ihres „Parteifreundes“ Fernando de la Rúa doch noch allzu frisch. In seiner eigenen Partei stößt Duhalde auf ein gemischtes Verhaltenspanorama zwischen eigenen starken Ambitionen verschiedener Spitzenpolitiker zugunsten baldiger Neuwahlen, einer abwartenden Haltung anderer Teile der Partei und altbekannter offener Feindschaft vor allem im Flügel um den ehemaligen Präsidenten und Parteivorsitzenden Carlos Menem. Eine starke Position jedenfalls hat er auch dort nicht: „Duhalde“, so der einflussreiche Journalist Joaquín Morales Sola in *La Nación* vom 24. Februar, „ist kein legitimer Caudillo des Peronismus und genau das ist sein Kreuzweg gegenüber den Gouverneuren seiner Partei.“ Und in der Tat: Die Wahlen 1998 gegen Fernando de la Rúa hatte Duhalde mit einem im historischen Vergleich für die Peronisten niederschmetternden Ergebnis verloren, den Parteivorsitz hatte er Carlos Menem nie erfolgreich streitig machen können.

■ **Schnell macht der Satz vom „De la Rúa-Syndrom“ die Runde, eines schwachen Präsidenten, politisch isoliert und mit dem Rücken zur Wand. Dass mittlerweile auch im unmittelbaren Umfeld des Präsidenten, etwa von seinem Privatsekretär José Pampuro, über ein mögliches Plebiszit über den Verbleib Duhaldes bis 2003 schwadroniert wird, verstärkt diesen Eindruck.**

Da macht dann schnell der Satz vom „De la Rúa-Syndrom“ die Runde, eines schwachen Präsidenten, politisch isoliert und mit dem Rücken zur Wand. Dass mittlerweile auch im unmittelbaren Umfeld des Präsidenten, etwa von seinem Privatsekretär José Pampuro, über ein mögliches Plebiszit über den Verbleib Duhaldes bis 2003 schwadroniert wird, verstärkt diesen Eindruck. Sich mehrende Aussagen Duhaldes, er denke nicht an Rücktritt und auch „Millionen von *cacercolazos*“ könnten ihn nicht aus dem Amt treiben, sind ebenfalls schwerlich als Zeichen der Stärke misszuverstehen. Ein Zeichen ist auch, dass mehrere prominente Mitglieder seiner Regierung, die der Präsident aufforderte, parallel bestehende Abgeordnetenmandate zurückzugeben, diesem Wunsch partout nicht nachkommen wollten. Zudem haben Gouverneure wie José Manuel de la Sota und Nestor

Kirchner nie davon abgelassen, vorgezogene Neuwahlen zu fordern – ein Konzert, in das Carlos Menem schon lange eingestimmt hat und das mittlerweile, wenn auch in der gewohnt ambivalenten Art, Carlos Reutemann zu seinen „Musikern“ zählen kann.

Was also bliebe Duhalde, gelingt ihm nicht doch noch der Durchhaltekurs mit Übereinkommen an der Heimatfront und einer irgendwann einsetzenden Auslandshilfe? Einerseits könnte er seiner Rolle als Übergangspräsident treu bleiben, den Regierungskurs mangels Konsens und Unterstützung für gescheitert erklären und sich nach geordneten Neuwahlen zurückziehen. Die Frage ist, ob er das will und auch, ob sein Umfeld ihn so ohne weiteres lässt. Bei diesem hat man es nämlich durchaus mit Matrosen zu tun, die sich in stürmischer See an die letzte verbleibende Planke klammern, ohne die auch ihnen nur im wörtlichsten Sinne der Untergang bleibt. Ein politisches Alternativprojekt steht ihnen jedenfalls nicht offen. Der andere Ausweg ist ungleich dramatischer: Der offene Bruch mit dem Währungsfonds, die Identifizierung von Schuldigen in Form des Bankensektors und der privatisierten Großunternehmen und ein extrem nationalistischer Diskurs: „Obwohl Duhalde es zu verschleiern versucht, ist es am wahrscheinlichsten, dass er in kurzer Zeit vor dem Dilemma steht, sich und seine eigene politische Macht mittels eines ‚Selbstputsches‘ in eine Art Hugo Chavez zu verwandeln, oder aber einen Schritt zur Seite zu treten, damit ein anderer die Rolle des venezolanischen Oberbefehlshabers einnehmen kann“, fasst James Neilson, der ehemalige Herausgeber des *Buenos Aires Herald* die Alternativen zusammen (*Noticias* vom 23. Februar).

■ Das Kandidaten-Panorama

Bei der Suche nach personellen Alternativen, sowohl für den Fall der Neuwahlen als auch für den einer erfolgreichen Suche nach einem „Fox“ mittels „zivil-militärischer Zusammenarbeit“ stößt man auf ein buntes Panorama von Persönlichkeiten, deren Projekte in verschiedenen Fällen untereinander durchaus kompatibel erscheinen, sich in anderen Fällen wiederum völlig ausschließen. Von den „klassischen“ Präsidentschaftskandidaten der Diskussion aus dem

■ Bei der Suche nach personellen Alternativen, sowohl für den Fall der Neuwahlen als auch für den einer erfolgreichen Suche nach einem „Fox“ mittels „zivil-militärischer Zusammenarbeit“ stößt man auf ein buntes Panorama von Persönlichkeiten, deren Projekte in verschiedenen Fällen untereinander durchaus kompatibel erscheinen, sich in anderen Fällen wiederum völlig ausschließen.

Jahr 2001 sind dabei mittlerweile einige ausgeschieden oder sehen sich radikal verminderten Chancen gegenüber. Leitartikler Moráles Solá meint „zu konstatieren, dass alle politischen Führungsfiguren, die in den letzten Jahren in der ersten Reihe der öffentlichen Verantwortung gestanden haben, es sehr schwer haben werden, sich für die nächste Präsidentschaftsperiode zu bewerben. Der Radikalismus hat alle seine möglichen Kandidaten verschlissen, während der Peronismus seine Präsidentschaftskandidaten in der Schusslinie von Zahlungsunfähigkeit und sozialem Protest stehen hat.“ (*La Nación*, 19. Februar) Da man erstere getrost ignorieren kann, fällt der Blick auf die letzteren.

- An erster Stelle wird dabei in beiden angesprochenen Optionen mittlerweile Carlos Reutemann genannt. Dem Gouverneur der Provinz Santá Fe wird zugetraut, in Zukunft die zentrale Führungsrolle zu spielen. Als unabhängige Persönlichkeit, frei von Korruptionsaffären und Anfeindungen, hat er seine Provinzfinanzen in schwierigem Umfeld in Ordnung gehalten und die anderswo viel kritisierten Kosten der Politik eingedämmt. Er regiert „parteionabhängig“, da seinen peronistischen Gefolgsleuten vor Ort wohl bewusst ist, wer „der Eigentümer der Stimmen“ (so ein ehemaliger Reutemann-Minister) ist und wem örtliche Wahlerfolge zu verdanken sind. Extrem misstrauisch regiert Reutemann mit einem kleinen Zirkel ausgewählter Vertrauensleute, auf Parteistrukturen und Institutionalisierung gibt er ebensowenig wie auf das koalitionstaktische Stricken an Beziehungsnetzwerken in der eigenen Partei. Gleichwohl aber gibt es inzwischen auch Stimmen aus dem Sektor des *Ultra-Menemismo*, die nur noch mit Reutemann eine Siegchance der Partei erwarten und versuchen, auf diesen Zug aufzuspringen. Abwartend hat er es geschafft, von niemandem in der Partei direkt als „Feind“ wahrgenommen zu werden – eine Fähigkeit zum Konsens, die über die eigenen Reihen weit hinausgeht. Als starke Persönlichkeit und „Dickschädel“ wird ihm auch zugetraut, mit hinreichendem Durchsetzungsvermögen aufzutreten, gestützt wird das von hohen Sympathiewerten in der Bevölkerung. Parteifreunde sollen ihm bereits nahegelegt haben, den Gouverneursposten aufzu-

geben und sich an die Spitze einer Erneuerungsbewegung der Politik-Kritik zu stellen, die ihn in kürzester Zeit via Neuwahlen an die Macht tragen könnte. Da er auch im Zusammenhang mit der anderen Alternative als ein möglicher Exponent genannt wird, wurde nicht nur sein jüngster Besuch bei US-Botschafter James Walsh am 26. Februar aufmerksam registriert. Schon nach dem Sturz des Übergangspräsidenten Adolfo Rodríguez Saá, so glaubwürdige Parteiquellen, hätte die überwältigende Mehrheit der peronistischen Gouverneure gern ihn an der Stelle von Eduardo Duhalde zum Präsidenten wählen lassen, Reutemann aber habe abgelehnt mit der Begründung, er sei diesem gegenüber im Wort.

- Sein Gouverneurskollege in Córdoba, José Manuel de la Sota, gilt ebenfalls weiterhin als präsidentiabel. Geschwächt hat ihn allerdings seine Rolle im Umfeld des Sturzes von Adolfo Rodríguez Saá, für den letzterer de la Sota persönlich verantwortlich macht. Dass er sich parallel mit seiner Forderung nach unmittelbaren Neuwahlen nicht durchsetzen konnte und die Amtsübernahme Duhaldes akzeptieren musste, war ebenfalls ein Dämpfer. Hinzu kommen massive Probleme in der eigenen Provinz, von der der Lack des „Modells Córdoba“ der ersten beiden Amtsjahre deutlich abgebröckelt ist, Konsequenz auch allerdings der schwierigen nationalen Wirtschaftslage. Gebrochen hat de la Sota inzwischen mit dem Bürgermeister der Provinzhauptstadt, dem in dieser Funktion erfolglosen und in der Stadt mittlerweile verhassten German Kammerath, mit dessen Partei auf Provinzebene de la Sotas Peronisten aber die „Unión por Córdoba“ bilden. Kritisch sieht man auch den Abgang eines wichtigen Weggefährten, des *ministro de gobierno* Oscar Gonzales, auf dessen straffes Regiment viele Erfolge der Anfangszeit zurückgeführt werden. Gonzales, mittlerweile auf Distanz zu de la Sota, ist inzwischen nationaler Abgeordneter. Schaden fügt dem Ansehen des Gouverneurs auch zu, dass seine in der Provinz überaus unbeliebte Ehefrau Olga Ruitort eine politische Rolle spielt, die ihr nach Meinung vieler nicht zukommt. Provinzintern gibt es bereits intensive Überlegungen in Richtung Gouverneurs-Nachfolge, an denen mit unter-

schiedlichen Perspektiven auch der Bürgermeister von Villa Maria, Eduardo Acastello, Oscar Gonzales und andere beteiligt sind. De la Sota erneuert immer wieder den Wunsch nach Neuwahlen, für die er sich im Doppel mit Julio Alak, dem Bürgermeister von La Plata, der Provinzhauptstadt der Provinz Buenos Aires, bereithält. Durch Umbesetzungen im Wirtschaftsressort versucht de la Sota derzeit eine Art Neuanfang, der seiner Amtsführung den Glanz zurückgeben soll.

- Im Umfeld der Peronisten sieht sich auch ein politischer *newcomer*, der Unternehmersohn Mauricio Macri, gleichzeitig Präsident des populären hauptstädtischen Fußballclubs *Boca Juniors*. Mit einer politischen Kommandozentrale in der *Fundación Creer y Crecer* unter Führung des Unternehmers Francisco de Narváez arbeitet bereits seit einem Jahr ein Team aus angeblich 300 Leuten für eine Kandidatur, der eine gewisse Unterstützung sowohl aus der Unter- als auch der Oberschicht zugebraut wird. Gute persönliche Kontakte sichern Macri unter anderem die Beratung durch Rosendo Fraga (der gleichzeitig allerdings seinen Freund Ricardo Lopez Murphy unterstützt) und eine gewisse Schützenhilfe von Ramon Puerta, kurzzeitiger Senats- und Staatspräsident. Ursprünglich hatte Macri wohl den Posten des Oberbürgermeisters der Hauptstadt Buenos Aires anpeilen wollen, mittlerweile aber traut sich der politisch eher unbedarfte High-Society-Spross mehr zu. Auch er stünde wohl für beide Versionen des anfangs geschilderten politischen Szenarios zur Verfügung.
- Zu den Präsidentschaftskandidaten im Peronismus gehören erklärtermaßen auch der Provinzgouverneur von Santa Cruz, Nestor Kirchner, Ex-Präsident Carlos Menem und der Übergangspräsident Adolfo Rodríguez Saá, der von seiner gut administrierten und soliden Heimatprovinz San Luis aus ein politisches Comeback anstrebt. Seine Kampagne ‚Adolfo 2003‘ läuft auf vollen Touren und sucht Verbündete in anderen Provinzen. Die Tatsache, dass er selbst in stürmischen Zeiten nicht regieren muss, hilft ihm möglicherweise ebenso wie die gerade in den Unterschichten verbreitete Vision, seine politische Richtung habe schon gestimmt, nur habe ihn das ‚establishment‘ innerhalb und

außerhalb der eigenen Partei nicht wirklich regieren lassen. In all diesen Fällen aber dürften massive Zweifel an der Realisierbarkeit der Projekte ebenso erlaubt sein wie bei dem der ehemaligen Arbeitsministerin de la Ruas, Patricia Bullrich. Sie hat eine bewegte Karriere hinter sich, die sie von den linksperonistischen *montoneros*, den Peronisten der Provinz Buenos Aires und der Beliz-Partei *Nueva Dirigencia* in die Regierung aus UCR/FREPASO führte und jetzt eine Präsidentschaftskandidatur für ein eigens gegründetes *Ahora Argentina* anstreben lässt. Duhalde hätte sie wohl gern als Ministerin in sein Kabinett geholt, familieninterne Widerstände aber seien für ein Scheitern dieses Vorhabens ausschlaggebend gewesen, hört man. Wenn es aber die Personifizierung eines der massiven Probleme argentinischer Politik gibt, dann ist es Patricia Bullrich: die völlige Unfähigkeit, sich parteiloyal in den Dienst einer Sache zu stellen und für eigene Vorstellungen innerhalb bestehender Strukturen zu kämpfen. Viel eher wird das eigene Ego gepflegt, ausgetreten und mit einer eigenen Splitterpartei ein Neuanfang versucht. Dass diese Splitter dann die gleichen „Sünden“ aufweisen wie die Parteien, aus denen man sich gerade verabschiedet hat, stört dabei kaum jemanden.

- Für eine neue „Mitte-rechts-Option“, so oder so, steht auch Ricardo Lopez Murphy bereit, langjähriges Parteimitglied der UCR, die er mittlerweile verlassen hat. Unter de la Ruas debütierte Lopez Murphy erst als Verteidigungs- und dann, für ganze zwei Wochen, als Wirtschaftsminister. Mit dem dabei präsentierten Programm gelang es ihm in kürzester Zeit, alle Sektoren der Regierungsparteien so gegen sich zu mobilisieren, dass ihn de la Ruas fallen ließ. Die Spezialisten des mit ihm verbundenen Wirtschafts-Think-Tanks FIEL erarbeiteten in diesem Zusammenhang einmal mehr wirtschaftlich stimmige Konzepte, zeichneten sich aber ebenso wie der Minister selbst durch einen völligen Mangel an politischem *feeling* aus. Der Ausgang ist bekannt. Aus dieser Zeit resultiert auch noch ein Image, dass Lopez Murphy gerade bei der Unterschicht in negativer Erinnerung sein lässt. Ob sich das korrigieren lässt und ob durchaus vorhandene Sympathien aus Unternehmer- und Militärkreisen

dieses Manko kompensieren können, bleibt dahingestellt. Auch fehlt Lopez Murphy bisher so gut wie jegliche politische Struktur, sieht man davon ab, dass er auch mit Gründungsprojekten eines argentinischen *Partido Popular* und Allianzversuchen sowohl mit Mauricio Macri, Patricia Bullrich als auch Carlos Reutemann in Verbindung gebracht wird. Der Wirtschaftsliberale Manuel Solánet steht ihm immerhin zur Seite, von der ebenfalls neugegründeten *Fundación Cívico Republicana* aus. Dass er immer auch mit autoritären Projekten in Verbindung gebracht wird, hält man in seiner Umgebung für mehr als ungerecht. „Jeder“, so auch Leitartikler Morales Sola in *La Nación* vom 19. Februar, „der Lopez Murphy kennt, kennt auch seine demokratische Grundüberzeugung“. Zudem müssten ihn „praktische Gründe“ von der Akzeptanz einer solchen Lösung abhalten. Die wiederholte Nennung Lopez Murphys in diesem Zusammenhang lässt aber mindestens auf ein schweres Image-Problem schließen.

- Bleiben die Alternativen im linken Spektrum, angeführt von der Abgeordneten Elisa Carrió und ihrer ARI (Argentinos por una República de Iguales). Dieses Projekt erhielt bei den Wahlen im vergangenen Jahr aber mindestens einen deutlichen Dämpfer, als es trotz weitverbreiteten sozialen Unmuts und eines positiven Images von Carrió landesweit eben mal zu acht Prozent Wählerstimmen reichte. Momentan versucht sie, sich nach ihren Bemühungen um die bisher erfolglose Aufklärung in Geldwäscheaffären an die Spitze derer zu setzen, die sich mittels eines *juicio político* des als politisiert und korrupt geltenden Obersten Gerichtshofes entledigen möchten. Öffentliche Aufmerksamkeit und ein überbordendes Medieninteresse ist ihr dabei allemal sicher. Auch Carrió steht inzwischen klar im Lager derer, die für baldige Neuwahlen eintreten. Weniger erfolgversprechend als eine Carrió-Kandidatur dürften solche aus dem direkten Lager der *Vereinigten Linken* (IU) sein, etwa eine des kommunistischen Abgeordneten Luis Zamora, der aufgrund persönlicher Geradlinigkeit Sympathien genießt, politisch aber als absolutes Leichtgewicht einzustufen ist. Ungewöhnliche Zeiten aber könnten zur Überraschung aller auch unge-

wöhnliche Kandidaten an die Macht bringen, vielleicht auch solche aus dem Bereich der Bewegung der Nicht-Regierungsorganisationen, an die heute noch niemand denkt. Das allgemeine Panorama macht gleichwohl eine Rechts-Option mit „Starker Mann-Attitüde“ ungleich wahrscheinlicher.

Für Duhalde und einen Verbleib im Amt spricht angesichts dieser Perspektiven und Projekte immerhin, dass alle Alternativen in sich widersprüchlich sind, bisher keinen erkennbar kohärenten Plan verfolgen, hohe Risiken aufweisen und keineswegs von vornherein auf massive öffentliche Unterstützung rechnen können. Ob dies über weitere Monate oder gar bis 2003 trägt, darf bezweifelt werden, vor allem, wenn man mit dem Sozialforscher Carlos Fara auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Argentiniens in diesen Wochen zurückkommt: „Eine Regierung kann es nie allen recht machen. Aber sie kann auch nicht völlig ohne jegliche Unterstützung auskommen: Die Sparer beschwerten sich über den *corrallito*, die Schuldner über die Indexierung, die Exporteure über fehlende Kredite, die Importeure über den unsicheren Dollarkurs, die Liberalen über den Populismus und so weiter und so weiter. Auf dieser Höhe des Geschehens fragt sich, ob es überhaupt einen produktiven Sektor gibt, der von der Abwertung profitiert hat, denn in der Gesellschaft verteidigt niemand diese Regierung.“ (*El Cronista*, 28. Februar)